444

Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Neues Rathaus. Tel. 31.360.
Freiheit, Gerechtigkeit, Recht! R. Sigl.
10. Jahrg. Wien, Mittwoch, 28. Dezember 1904.

Wiener Stadtrat.

Sitzung am 21. November.

Vorsitzender: V. L. Dr. Neumayer, Dr. Porzer und Hirschmann.

VR. Ottenbacher beantragt die Erhöhung des Taglohnes für den Aufseher im Depot für Rettungsschiffe auf 4 K 40 h und der beiden Begleitungsaufseher der Rettungsschiffe auf je 4 K. Letzterem wird an jedem Sonntag je ein dienstfreier bezahlter Feiertag zugesprochen, der abwechselnd auf Vor- und Nachmittag zu entfallen hat. (Ang.)

Nach einem Bericht des VR. Dr. Krasne wird der Hauptkollaudierungsvertrag zur 1. Rate betreffend die Ausführung des vierten und letzten Teiles des Kanals „Hirschleiten" in Ober-Döbling genehmigt.

Nach einem Bericht des VR. Lazgan wird die Stadtbefallung für den zur Straße abzutretenden Grund bei der Realität 4. Bez. Mayerhofgasse 16 abzutretenden Grund im Ausmaße von 196·12 m² mit 90 K per m² festgesetzt.

VR. Graba beantragt über Ansuchen der Armenrätlichen Ehrenämter, die Übertragung der Kassengeschäfte in gesamten Verwaltung der Armeninstitute Wäsche und Landstraße an die Hauptkasse. Abteilungen der dortigen Bezirksämter vom Dezember 1906 ab zu genehmigen. (Ang.)

VR. Grünbeck beantragt, das aus den Schlitzungen am Beginne der Einwölbungen des Donaukanals, Stadtgrabens, Linienwallgrabens sowie in der Wallischhausergasse im 17. Bezirk auszuhebende Material, soweit es nicht für Straßenherstellungen verwendbar ist, in Hinkunft in den der Gemeinde gehörigen ehem. Kreitzschen Steinbruch an der Breiten- und Franz Glasergasse in Dornbach zu bringen. (Ang.)

VR. Formanek beantragt zu genehmigen, daß anläßlich der Inbetriebsetzung des Eislaufplatzes im Maria Josefpark im 10. Bezirk die Eingangstreppe zum Eislaufplatz allsonntäglich auf die Dauer der Eislaufsaison abgesperrt werde. (Ang.)

Der Verkauf des Baublocks B an der westlichen Zollamtsstraße im 3. Bezirk im Ausmaße von zirka 1860 m² um den Pauschalpreis von 403.000 K wird genehmigt.

Nach einem Berichte des VR. Hölzl wird die Stadtbefallung für den zur Straße abzutretenden Grund bei der Realität Döblinger Hauptstraße l. Z. 107 im Ausmaße von 95·77 m² mit 25 K per m² festgesetzt.

Hauptrechnungsabschluß der Gemeinde Wien.

Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung den Hauptrechnungsabschluß der Gemeinde Wien für das Jahr 1905 sowie die Rechnungsabschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fonde zum Beschluß erhoben.

Als Referent fungierte St. R. Graba, welcher folgende Anträge erstattete:

1. Der von der Stadtbuchhaltung verfaßte Haupt-Rechnungsabschluß für das Jahr 1905, sowie die besonderen Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1905, nämlich: des Wiener Lehrerpensionsfonds, des Wiener Bürgerspitalfonds, des Bürgerlichen Fonds der Gemeinde Wien, des Wiener allg. Versorgungsfonds, des Gemeindespital-Stiftungsfonds, des Großmannschaft-Stiftungsfonds, des Kaiserin Elisabeth-Kinderspitalfonds in Bad Ischl (Ober-Österreich), des 285 Millionen Kronen (Investitions)-Anlehens vom Jahre 1902, der auf Grund des Gesetzes vom 28. Dezember 1904, L. G. Bl. Nr. 1 ex 1905, mit Wien vereinigten sieben Vororte-Gemeinden Floridsdorf, Lanzendorf, Leopoldau, Kagran, Hirschstetten, Aspern, Atzgersdorf und Groß-Jedlersdorf, und des städt. Lazarettes erworbenen Gemeindegut, 2. die zur Deckung der Preliminar-Überschreitungen erforderlichen Ergänzungs-Kredite, zwar: bei den eigenen Geldern mit 1,050.282 K 87 h, beim Bürgerspitalfonds mit 9.703 K 32 h, beim Bürgerlichen mit 1.974 K 33 h, beim allg. Versorgungsfonds mit 34.526 K 36 h und bei der Übernahme der Gemeinde Floridsdorf mit 45.072 K 36 h werden bewilligt und der Stadtbuchhalter ermächtigt, die Gelder der Gemeinde Wien zur Überbrückung der Ausgaben in den Floridsdorf, Leopoldau, Hirschstetten, Aspern und Groß-Jedlersdorf mit zusammen 368.298 K 97 h wird nachträglich genehmigt. 3. Die beim Schwerpunktfonds- und beim Großmannschaft-Stiftungsfonds eingetretenen Fehlbeträge sind, wie bisher, nicht zur Verminderung der Stiftungsplätze oder Erhöhung der Stiftungsbeiträge zu verwenden, sondern zur Deckung aller einlaufenden Zinsenausfälle zu kapitalisieren. Diese Anträge werden genehmigt und ebenso werden folgende vom Referenten beantragte Resolutionen beschlossen: „Aus den vorliegenden Akten ersehen wir, daß von der Gemeinde Wien bezw. den Unternehmungen derselben an die Arbeiterschaft ebenso führenden Kreisen geschehen, innerhalb innerhalb unserer Verfassung die Gemeinde für ihre im allgemeinen Interesse und zur Zeit der Herstellung öffentlicher Einrichtungen geführten Unternehmungen. Insbesondere ist unter diesen auf den Beschluß des vierten Ausschußes vom 22. Juni 1903 und unter Vorlage des Antrages über die von der Gemeinde Wien und von den städt. Unternehmungen im 1905 entrichteten Abgaben wird die k. k. Regierung neuerlich aufgefordert, die Befreiung der Gemeinden und der Unternehmungen der Gemeinde von öffentlichen Abgaben in neuerlichen Erwägung zu ziehen und diesbezügliche Vorlagen an die beiden Häuser des Reichsrates gelangen zu lassen."

Die Einwölbung des Krottenbaches.

Lange Jahre hindurch wurden lebhafte, erfolglose Verhandlungen geführt wegen Einleitung der Grundstücke zur Einwölbung des Krottenbaches. Jahrelang schleppte sich die Sache, deren Lösung immer wieder an den zu hohen Forderungen der betreffenden Grundeigentümer scheiterte. Im Gemeinderat hat Herr F. Lueger über Anregung von Bezirksinteressenten und wiederholte Interpellationen im Gemeinderate den Antrag einer letzten Versuch bezüglich Einleitung der Verhandlungen zu machen. Diese Verhandlungen nahmen nun, ein L. A. Kuhn in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Döbling mitteilen konnte, einen günstigen Verlauf, so daß die Arb-

führung der Umwälzung nunmehr als gesichert gelten kann. Die Verhandlungen waren mit 62 Grundbesitzern über Gründe von 31.772·79 m² Flächeninhalt zu führen, gestalteten sich sehr schwierig, langwierig und oft sehr zäh und nahmen 16 Tage in Anspruch. L. V. Kuka wurde nach diesen Mitteilungen zum Resultate dieser Verhandlungen herzlich beglückwünscht und ihm der Dank der Bezirksvertretung zum Ausdrucke gebracht. Die Umwälzung, ist das bezügliche Elaborat im Magistrate bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen der Stadt- und Gemeinderat beschäftigen. Die Umwälzung des Kreuzenbachs ist für die Entwicklung des 19. Bezirkes von geradezu vitalem Interesse.

Ein neues Bad im 10. Bezirke. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des St. R. Kissaweg die Projektskizze für ein im 10. Bezirke Buchengasse zwischen V. Nr. 67 a und C zu errichtendes Brause-, Well-, Dampf- und Schwimmbad genehmigt und das Stadtbauamt beauftragt, das Detailprojekt ehestens vorzulegen. Der Bau ist im Laufe des Jahres 1907 zu beginnen und soll als erste Baurate der Betrag von 300.000 K in das Budget für 1907 eingestellt werden. Bei der Projektierung des Schwimmbades ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass dasselbe auch von Kindern benützt werden kann.

Der Stadtrat gegen die Erhöhung der postalischen Gebühren. In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte S. R. Kirchammer einen umfangreichen Bericht über die Stellungnahme zur Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren vor. Nach dem Antrage des Referenten beschloss der Stadtrat die Fassung folgender Resolution: Der Stadtrat spricht die Überzeugung aus, dass eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren bzw. eine Abänderung der derzeit geltenden Gebühren der Zustimmung des Reichsrates bedarf, weil diese Gebühren einen Teil des dem Staate verbleibenden Postgefälls-Restes bilden und die Bewilligung zur Einhebung von Steuern, Abgaben und Gefällen nach § 11 c des Gesetzes vom 27. Dezember 1867 zum Wirkungskreise des Reichsrates gehört. Der Stadtrat nimmt ferner zur Kenntnis, dass das k. k. Handelsministerium sich nunmehr bereit erklärt hat, vor der besagten Gebühren-Änderung die beteiligten Bevölkerungskreise durch ihre berufenen Vertretungen zu hören und dankt, dass zu den Beratungen-Verhandlungen auch die Gemeinde Wien eingeladen und um ihr Gutachten angegangen wurde. Der Stadtrat spricht seine prinzipielle Ansicht aus, dass die Gebühren des Postgefälles, wozu auch Telegraph und Telephon gerechnet werden, im Interesse der Förderung von Bildung, Handel und Verkehr, als der Grundlagen für den Wohlstand des Volkes so billig als möglich angesetzt werden sollen, um so mehr, als die Erfahrung gelehrt hat, dass die grosse Ausdehnung, welche der Weltpostverkehr in den letzten 5 Jahrzehnten genommen hat, nur der Öffnung billiger Posttarife zu danken war und durch billige Tarife infolge ihrer Massenausnützung die Einnahmen aus den Postgefällen nicht gehoben worden als durch Verteuerung der Gebühren. Der Stadtrat hat aus dem von der Regierung am 4. Oktober l. J. dem hohen Abgeordnetenhause vorgelegten Staatsvoranschlage die Überzeugung gewonnen, dass die allgemein als notwendig und dringlich anerkannte Erhöhung der Bezüge der untergeordneten Post- und Gleichstellen-Bediensteten, welche von der Regierung zum Anlass der geplanten Gebührenerhöhungen genommen worden war, auch ohne Erhöhung dieser Gebühren in den Mehrerträgnissen der Post- und Telegraphen-Anstalt und des Postsparkassen-Amtes sowie in den allgemeinen Überschüssen genügend Deckung finden wird. Der Stadtrat spricht sich daher prinzipiell gegen die geplanten Gebühren-Erhöhungen aus und stimmt nur der Einführung einer Ortstarif-Gebühr für die bisher fehlende Post- und Telegraphen-Direktion unentgeltlich beigestellten Kartenbriefe und Telegramm-Blankette zu. Der Stadtrat spricht sich im Namen der Gemeinde Wien insbesondere gegen die geplante Auflassung der Lokalgebühr-Zone, die Erhöhung der Rohrpost- und Telephongebühren aus. Die Beibehaltung eines billigen Lokalgebühr-Tarifes erscheint nach Ansicht des Stadtrates begründet durch die geringeren Kosten, die die Beförderung und Zustellung in engeren, engsten und stark bevölkerten Ortsgebieten erfordert und welche eine intensivere Arbeits-Verwendung der Zustellungs-Organe ermöglichen. Dieser Lokalgebühr-Tarif ist über-

gens nur eine billige und gerechte Entschädigung für die vielfache Mehrbelastung, welche fast in jeder anderen Hinsicht der Bevölkerung der großen Städte, insbesondere aber der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auferlegt wird. Die Erhebung der Rohrgebrauchsgebühren würde fast ausschließlich die Reichshauptstadt treffen und ist um so weniger gerechtfertigt, als hiedurch in erster Linie jene weniger bemittelten Bevölkerungsklassen betroffen werden, welche kein Telephon besitzen. Bezüglich der Telephon-Gebühren anerkennt der Stadtrat gerne, daß das bestehende Gebühren-System einfacher, manchfaltig ist, als es auf die Interessiertheit der Benützung der einzelnen Telephon-Aktionen und die hiedurch bedingte höhere oder geringere Inanspruchnahme des Bedienungs-Personales Wiens Bedacht nimmt. Das von der Regierung vorgeschlagene kombinierte System kann jedoch d. Zustimmung der Gemeinde Wien nicht finden, da: 1.) die Ansätze desselben viel zu hoch sind, 2.) die Telephon-Anschlüsse in Wien gegenüber jenen anderer Orte unverhältnismäßig teurer sind, 3.) die beabsichtigte Art der Einhebung der Abonnement-Gebühr jede Prüfung von Seite des Abonnenten ausschließt und ihm ein entsprechendes Beschwerde-, bezw. ein Einspruchsrecht nicht einräumt. Der Stadtrat spricht die Erwartung aus, daß bei der Stell. eines neuen Tarifgebühren-Systems auf die in anderen Staaten, insbesondere in Deutschland und Frankreich in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen Bedacht genommen und die Gebühr nicht höher festgesetzt wird, als zur Deckung der faktischen Auslagen einschließlich der Verzinsung und Amortisation des Anlage-Kapitals erforderlich ist. Schließlich sieht sich der Stadtrat genötigt, auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Telephon-Einrichtungen u. zwar sowohl in Hinsicht des Wiener-Lokal-Netzes, wie auch des interurbanen Verkehres hinzuweisen und erklärt, daß die Regierung nicht früher an die Neuregelung der Telephon-Gebühren herantreten wird, ehe nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung in Betreff der Einrichtung und Herstellung des Telephonnetzes in wirksamer Weise Rechnung getragen worden ist.

Gemeinderatsung Hadersfeld.

Gestern Dienstag versammelte sich in der bekannten Sommerfrische Hadersfeld die dortige Gemeindevertretung unter Vorsitz des Alterspräsidenten Dr. Klotzberg und wählte einstimmig den bisherigen verdienstvollen Bürgermeister Restaurateur Alois Signer abermals zum Bürgermeister. Zum ersten Gemeinderat wurde der fürstl. Liechtenstein'sche Forstverwalter Alois Hönig und zum zweiten Gemeinderat der Wirtshausbesitzer August Wieser wiedergewählt. Die Gemeindevertretung hat sich in der letzten Zeit große Verdienste um die Hebung des Ortes, der im Sommer von Tausenden von Wienern besucht wird, dadurch erworben, daß sie die Vollendung der Straße von Greifenstein nach Hadersfeld, die herrliche Blicke auf das Donautal bietet, sowie den Bau einer Wasserleitung, durch welche Hadersfeld mit frischem Hochquellenwasser versorgt wird, durchführte. Auch der Bau der neuen Volksschule ist ein Verdienst der jetzigen Gemeindevertretung.

Theresien-Weihnachts-Stiftung.

Die Interessen der Therasien-Weihnachts-Stiftung per 1906 im Betrage von 240 K gelangen am 24. Dezember 1906 in Teilbeträgen von 10–30 K an hilfsbedürftige Bewohner des 7. Bezirkes Wien's zur Verteilung. Den Vorrang unter den Bewohnern des 7. Bezirkes haben in erster Linie Staatsangehörige deutscher Nationalität und in zweiter Linie Alle ohne Unterschied, welche Kinder zu erhalten haben oder dem Arbeiterstande angehören. Mündliche Ansuchen sind bis längstens 15. Dezember l. J. beim Vorsteher des 7. Bezirkes zu stellen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz
22. Nov. 1906.

Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für 1907.

Heute nachmittags hielt der Stadtrat eine Sitzung ab, in welcher mit der Beratung des Hauptvoranschlages begonnen wurde. Derselbe wurde eröffnet durch den Magistratsreferent Dr. Mayr, Bauhofbauingenieur Jungwirth, Oberrat, Ministerialrat Christian, ferner bei der Beratung des Schulbaugrätiminiums Magistratsrat Narozny u. bei der Beratung des Strassenbaugrätiminiums Direktor Zweigler bei.

Nach einem Referate des VR. Graba wurde die Generaldebatte eröffnet, an welcher sich die VR. Schreiner, Hoff, Kissanny, Eisenberger, Bauer und Grünbeck beteiligten.

Hierauf wurde in die Spezialdebatte eingegangen. In der Gruppe 1 Post 2 wurde die Post „Nachauslagen für die Bezirksverwaltungen von 8290 K auf 11.000 K erhöht.

Bei Post 4 wurde nach einem Antrage des VR. Eisenberger beschlossen, den Magistrat anzuweisen, Vorschläge wegen Vereinfachung der Augenscheinblagen behufs Entlastung der Parteien zu erstatten.

Bei Post IV Rubrik 18a (Nachmaßlagen, Kommissionsgebühren etc) beantragt VR. Grünbeck die Herabsetzung dieser Post von 337.570 K auf 300.000 K (Ang.)

Bei Beratung der Gruppe 2, Post VIII ergriff VR. Eisenberger die Gelegenheit des Aktes betreffend die Verlängerung der Funktionsdauer für die Mitglieder der Personal- u. Einkommensteuer-Kommissionen.

Bei Post IX (Verzehrungssteuer) beantragt Referent VR. Graba folgende Resolution: Unter Hinweis auf die Beschlüsse des 4. Nachtrages vom 22. Juni 1903 wird die Regierung neuerlich aufgefordert, den Ertrag der staatlichen Verzehrungssteuer der Stadt Wien zu überlassen u. die diesbezüglichen Vorlagen an die beiden Häuser des Reichsrates gelangen zu lassen. (Ang.)

Bei Gruppe 3 beantragt VR. Graba das Schulbaugrätiminium vor. Veranschlagt werden: für den Ausbau der doppelwelts- und Bürgerschule am Karmelitzplatz im 2. bez. 200.000 K (zweite Baurate), für eine doppelwaltsschule in der Lasser- und Castelligasse im 5. bez. 230.000 K (zweite Baurate), für eine doppelwelts- u. Bürgerschule am Adlerplatz im 10. bez. 70.000 K (Restzahlung), für den Ausbau der Knabenbürgerschule im 10. bez. Frigau- und Kurnarschgasse 170.000 K (zweite Baurate), für eine doppelwelts- u. Bürgerschule in der Quellengasse im 10. bez. 240.000 K (erste Baurate), für eine doppelwelts- u. Bürgerschule im 11. bez. nächst der Rimbockgasse 180.000 K (Grundermerb und erste Baurate), für die doppelwaltsschule in der Ratschky- und Simmeringergasse im 12. bez. 70.000 K (Restzahlung), für die Vergrößerung des Schulgebäudes in der Viehauerstrasse im 13. bez. 130.000 K (zweite Baurate), für die Aufführung eines zweiten Stockwerkes auf das Schulgebäude Jacking, Pfeiffenbergergasse 10.000 K (Restzahlung), für eine doppelwelts- u. eine Mädchenbürgerschule in Laing 90.000 K (erste Baurate), für eine doppelwelts- u. Bürgerschule in Breitensee, Hallartgasse 140.000 K (erste Baurate), für eine doppelwelts- u. Bürgerschule nächst der Schmelz 180.000 K (Grundermerb u. erste Baurate), für eine doppelwaltsschule in der Georgengasse im 15. bez. 65.000 K (Restzahlung), für die Mädchenwaltsschule in der Friedhofgasse im 15. bez. 140.000 K (zweite Baurate), für eine doppelwelts- und Bürgerschule im südwestlichen Teile des 16. bez. nächst der Schmelz 200.000 K (erste Baurate), für eine doppelschule im 18. bez. Schreibergasse 50.000 K (Grundermerb), für eine Knabenbürgerschule im 19. bez. Kreindlgasse 100.000 K (erste Baurate), für die Schule im 20. bez. Brigittaplatz 40.000 K (Restzahlung) für eine doppelwaltsschule in der Wintergasse im 20. bez. 120.000 K (erste Baurate), für eine doppelwaltsschule in Groß-Jedlersdorf 130.000 K (zweite Baurate), für einen Zubau der Schule in Hirschstetten 12.000 K (Restzahlung), für die Fertigstellung der Schule in Stadlau 14.000 K (Restzahlung), für eine doppelbürgerschule in Floridsdorf 160.000 K (zweite Baurate), Fertigstellung der Schule in Floridsdorf, Krenburggasse 70.000 K (erste Baurate). Die Gesamtsumme für Schulbauten beträgt 2,847.000 K.

VR. Grünbeck beantragt 100.000 K als erste Rate für den Bau einer Doppelwelts- u. Bürgerschule im 17. Bezirk einzusetzen. (Ang.)

VR. Schneider beantragt, für die Erbauung einer Doppelwaltsschule

in Zwischenbrücken" in der Nähe des Kaiserplatzes 100.000 K als erste Baurate einzustellen. Dieser Antrag wird genehmigt; hiefür wird jedoch der Ansatz für den Schulbau nächst der Hintergasse gestrichen.

AR. Hofl beantragt 30.000 K für den Turnsaalbau in der Schule Floridsdorf, Hauptstraße 1 einzusetzen. (Abgelehnt)

Die AR. Hofl u. Knoll beantragen 100.000 K für eine Schule in Kagran einzusetzen. Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

AR. Haber beantragt die Herabsetzung des vom Magistrat eingesetzten Betrages von 180.000 K für den Neubau eines Kindergartens im 12. Bez. Dörfelstraße (Ang.)

AR. Haber beantragt ferner, für den Bau eines Amtshauses im 7. Bez. 250.000 K einzustellen (Ang.) Bei dieser Gelegenheit regt AR. Braunisch den Ausbau des Amtshauses für den 14. Bezirk an.

Die Post XII, 18 (Erbauung eines Materialdepots im 17. Bez. wird von 6000 auf 18.500 K erhöht.

Für den Bau eines Material- u. Wasserleitungsdepots im 4. Bez. werden 5000 K eingesetzt.

Bei der Post „Fischereirecht" beantragt AR. Schreiner, den Magistrat aufzufordern, wegen Zuweisung des Fischereirechtes im Donaudaugebiete eine Verhandlungen einzuleiten. (Ang.)

Bei Beratung des Straßenbahnprovisoriums beantragt Referent AR. Haber für den Ausbau der Straßenbahnlinie zur Donauanstalt 438.700 K einzusetzen. (Ang.)

AR. Steinbeck beantragt anstatt der projektierten Straßenbahnstrecke im 9. Bez. Zimmermannsplatz die Linie „Sommergasse" im 17. Bez. bis zur Kreuzgasse auszubauen. (Ang.)

AR. Eggenberger beantragt die Ausgestaltung der Straßenbahnlinie „Ausstellungsstraße – Grundauer" in die Linie „Grundstraße" (Abgelehnt).

AR. Kissenny beantragt die Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Favoritenstraße von der Schlachthaus- bis zur Franzensgasse. (Ang.)

AR. Gottbauer wünscht die Ausführung der Verbindung „Schulgasse – Lazarettgasse – Zimmermannsplatz.

AR. Hofl beantragt die Verlängerung der Straßenbahnlinie von Kagran nach Leopoldau u. von der Reichsbrücke nach Stadlau. Die Vorlage dieses bezüglichen Projekts (Abgelehnt.)

Nach Erledigung der Frage IV wurde die Beratung abgebrochen.

in der Längenfeldgasse zum Meidlinger Friedhofe 100.000 K eingestellt. — R. R. Straba beantragt, 510.000 K für Herstellung der Zufahrtsstraße zur neuen Feuer- und Pflegeanstalt einzustellen. (Ang.) — R. R. Schneider beantragt, 30.000 K für die Neupflasterung der Rosenlaßgasse im 20. Bezirk von der Wallensteinstraße bis zum Brigittaplatz einzustellen. (Ang.)

Die HR. Hofl und Knoll beantragen 20.000 K für die Pflasterung der Jungstraße in Hirschstetten, HR. Hofl beantragt 50.000 K für Pflasterherstellungen in der Leopoldau u. in der Schindlergasse, HR. Offenbauer beantragt 50.000 K für die Regulierung der Holzgasse einzustellen. Alle diese Anträge werden abgelehnt.

Die Post „Auslagen für Bäche u. Gerinne" wird von 46.500 K auf 39.000 K herabgemindert.

HR. Sowinec beantragt die Herstellung eines Schwenkes im 3. Bezirk gegenüber der Rennweggasse. Hiefür werden 23.000 K eingesetzt.

Bei der Verwaltung des Gartenamtes, Einnahmen werden für die Herstellung der Gartenanlage vor der neuen Pflege- und Feuerwehrhalle im 13. Bez. 40.000 K eingesetzt.

Bei der Rubrik „Beleuchtungsauslagen" beantragt HR. Schneider die elektrische Beleuchtung der Wallensteinstraße und des Wallensteinplatzes im 20. Bezirk. Der Magistrat wird beauftragt, einen Bericht hierüber vorzulegen.

Die Post „Auslagen für das Fortschreiten im Quellengebiet der I. Hochquellenleitung" von 57.390 K wird um 6500 K herabgemindert.

Bei der Rubrik „Kanäle (Einmünden)" werden 67.500 K als Mehrbewilligung für Kanalbauten für neues Pflege- u. Feuerwehrhalle eingesetzt.

Hiemit ist die Gruppe VI (Öffentliche Bauten) mit Ausnahme des Kanalbau-Präliminares (Nachgaben) erledigt.

Die Sitzung, bei welcher die HR. Dr. Neumann und Dr. Geyer den Vorsitz führten, wurde sodann geschlossen.

Goldene Hochzeit. In der Pfarrkirche zum H. Brigitta im 20. Bezirke feierten am 26. December l. J. die Eheleute Johann Sr. und Maria Schindl, — ersterer 75, letztere 72 Jahre alt, — das Fest ihrer goldenen Hochzeit, das Ehepaar erfreut sich trotz des hohen Alters noch der größten Rüstigkeit und Frische, so daß die Alten noch heute ferner dienst als Straßenarbeiter der Gemeinde Wien in Mariahilf. Zu diesem seltenen Feste hatten sich eingefunden: G. Vorst. L. Rdg. Lorenz Müller, dessen Stellvertreter Oberlehrer Bader, Koppensteiner, Bezirksräte Neumann, Behrend, Hoyer, Lang und Sadilek, der Leiter der Gemeindebezirksamtskanzlei Amtsrath Fees, mehrere Armenräte, der erste Vizepräsident des Wiener christlichen Frauenbundes Frau Theresia Kraicka nebst zahlreichen Damen der Ortsgruppe Brigittenau dieses Vereines, das gesammte Straßenreinigungspersonale des Bezirkes, Vertreter der Pfarre Just und Einsegnung des Paares überbrachte G. V. Müller. Dem Jubelpaare die Glückwünsche des Bürgermeisters und der Bezirksvertretung und überreichte das übliche Ehrengeschenk der Stadt Wien, bestehend in einem Silberbecher, sowie die Ehrengabe der Bezirksvertretung und des Wiener christlichen Frauenbundes.

Am 24. December d. J. begingen der Zimmermaler Johann Meier mit seiner Gattin Katharina das Fest der goldenen Hochzeit. Aus 8 Kindern und 38 Enkel gratulierten das Paar viele Freunde u. Verwandte sowie G. R. Glöckl, die Bezirksräte Holzwart, Neumann und Weiß nebst vielen Armenräten in der Hängeidorfer Pfarrkirche, woselbst das Jubelpaar vor 50 Jahren zum erstenmale zum Altar schritt. Nach vollzogener kirchlicher Weihe dieses Festes hielt G. V. Schaidek in Vertretung des Bürgermeisters F. Lueger eine herzliche Ansprache an das jubilierende Ehepaar und überreichte ihm nach erfolgter Begrüßung namens des Bürgermeisters sowie der Gemeinde Wien das übliche Ehrengeschenk. Sodann brachte G. V. Schaidek seine persönlichen Glückwünsche nebst einem Geschenke der Bezirksvertretung für den Präsidenten Dora. Schwarz begrüßte die Jubelleute namens des I. Wiener christlichen Frauenbundes und dürfte ihnen das von diesem Vereine gestiftete Geschenk, ein Unterbettzeug, seine Glückwünsche, allen Festteilnehmern schloß die offizielle Feierlichkeit. — Am 25. d. M. feierten das Ehepaar Johann und Josefa Salzer das goldene Hochzeitsfest. Der Mann steht im 81. Lebensjahre, die Gattin um 4 Jahre jünger. Salzer arbeitete als Schlosser, machte sich dann selbständig und zog sich im Jahre 1895 vom Geschäfte zurück. Von 6 Kindern sind gegenwärtig noch 4 am Leben, welche selbst wieder zusammen 5 Kinder besitzen, der kirchlichen Feier, welche in der Meidlinger Pfarrkirche stattfand, wohnten in Vertretung des Bürgermeisters V. L. Dr. Porzer bei, Herr Verwaltungsrat Dr. V. Tonner mit Gattin, Adlersflügel, die Gemeinderäte Dobeš und Platter, mehrere Bezirks- und Armenräte etc. Ein Blumenstrauß brachte den Tag des Jubelpaares zum Vortrage. V. L. Dr. Porzer überbrachte mit einer Begrüßungsansprache das Ehrengeschenk der Gemeinde Wien und G. V. Tonner hielt eine herzliche Ansprache an das Jubelpaar.

Todesfall. Gestern nachmittags 4 Uhr ist der Gebäudeverwalter im städtischen Versorgungshause in Laaa Architekt Hermann Biber im 44. Lebensjahre an Herzschlag plötzlich gestorben. Derselbe hinterläßt eine Witwe und zwei unmündige Kinder. Das Begräbnis findet Samstag nachmittags 3 Uhr vom Versorgungshause aus statt. Die Einsegnung erfolgt in der Kirche des Versorgungshauses, die Beerdigung in der Gemeindegruft am Meidlinger Friedhofe.